

sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXIX/90

13. Mai 1974

Mehr Information für den Bürger

Doppelrolle der Union in der Ostpolitik aufzeigen

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 1 / 39 Zeilen

Offensiv die Chance nutzen!

Die Maxime, unter der Helmut Schmidt antritt

Seite 2 / 46 Zeilen

Eine unselige Allianz

Politische Schlammkämpfer und Geschäftemacher wollen
von Brandts Rücktritt profitieren

Seite 3 / 37 Zeilen

Viele Vorschläge - aber kein Geld

Kritische Anmerkungen zum Entwurf eines Straf-
vollzugsgesetzes

Von Hugo Brandt MdB
Mitglied des Sonderausschusses für die Strafrechts-
reform

Seite 4 und 5 / 68 Zeilen

Mehr Information für den Bürger

Doppelrolle der Union in der Ostpolitik aufzeigen

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

In diesen Tagen muß die deutsche Ostpolitik wieder einmal für allerlei Kommentare der Opposition herhalten. Dabei ist vielleicht noch nie so deutlich geworden wie jetzt, wie froh die Führung der Opposition im Grunde ist, daß die Koalition die Kohlen aus dem Feuer der Konfrontation zwischen Ost und West herausgeholt und den entscheidenden Schritt weg von der erstarrten Politik und der zunehmenden Isolation der Bundesrepublik getan hat.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Generalsekretär der CDU/CSU, erwartet zum Beispiel, daß die Spionageaffaire Guillaume keinen Rückschlag in der Außenpolitik bringe. Vor einem Rückschlag muß es aber doch wohl Schritte nach vorn gegeben haben: Wovon sonst könnte der Generalsekretär in seiner Erwartung ausgehen? Für die CDU/CSU, so sagte der Generalsekretär weiter, sehe er keinen Anlaß für eine Kursänderung; neue Akzente der CDU/CSU würden von der Regierungserklärung abhängen.

Also kann man wohl schlußfolgern, daß die CDU/CSU weiterhin auf Arbeitsteilung hofft: Die Koalition tut das Notwendige und vermeidet Rückschläge, und die Opposition sonnt sich in der Obstruktion, in der Verleumdung der Erfolge und in der Hoffnung, daß die Regierung dennoch so weitermacht.

Natürlich machen wir so weiter! Diese innerdeutsche und Ostpolitik war und ist nicht auf gutgläubiges Vertrauen zu den Männern um Honnecker aufgebaut, sondern auf eine realistische Einschätzung der Weltlage, in die unsere Politik eingebettet sein muß; sie berücksichtigt die darauf beruhende Interessenlage der Sowjetunion und die des Ostblocks, in die wiederum die DDR eingebunden ist.

Der Herr Generalsekretär Biedenkopf hofft darauf, daß die Regierung weiterhin dafür sorgt, daß es keine Rückschläge gibt und die Opposition in der Bevölkerung gleichzeitig das Mißtrauen schüren kann. Diesen Arbeitsteilungsprozeß wollen wir aufheben. Daher werden wir es in Zukunft mehr abzuwägen haben, wie weit wir auch während laufender Verhandlungen die Bürger in beiden Teilen unseres Landes durch ausreichende Informationen in Kenntnis setzen über das, was wir planen, was wir verwirklichen und welche Schwierigkeiten es jeweils gibt. Ich gebe zu, daß es für die Verhandlungen oft leichter und besser ist, Stillschweigen zu bewahren. Aber bei der Entscheidung zwischen Bequemlichkeit und Wählervertrauen muß das Wählervertrauen im Vordergrund stehen.

Es darf der Opposition nicht mehr möglich sein, uns vor dem Wähler ins Zwielficht zu bringen; so als ob die notwendige Vertraulichkeit von Verhandlungen mit der kommunistischen Seite gleichzusetzen wäre mit mehr Vertrauen zum östlichen Verhandlungspartner als zum eigenen Volke.

(-/13.5.1974/ks/pr)

Offensiv die Chance nutzen !

Die Maxime, unter der Helmut Schmidt antritt

Der zweite sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt und sein neues Kabinett haben genau zwei Jahre Zeit, um das gestreifte, auf die in dieser knappen Spanne mögliche Machbarkeit zugeschnittene Regierungsprogramm zu verwirklichen. Tatsächlich aber zwingen sich die zur Verfügung stehenden Monate noch mehr zusammen, denn Helmut Schmidt muß bis zum Sommer 1975 so viel Erfolg in die Scheuern gefahren haben, daß er von jenem Zeitpunkt an, ungeachtet natürlich der ständig weiter laufenden Regierungsarbeiten, von festem Boden aus in der Lage ist, den Bundestagswahltermin des Jahres 1976 offensiv anzupeilen. Von einem sehr übersehbareren Zeitpunkt ab also werden Pflöcke gesetzt werden müssen, die den Weg zu einem neuen Wahlerfolg sichern sollen, der allein die Gewähr dafür gibt, daß die sozialliberale Koalition auch über 1976 hinaus das Heft in der Hand behält und dann in einem neuen Regierungsprogramm auch die Ziele bestimmt und auch die Aufgaben umreißt, die zunächst nicht in der Prioritätenliste stehen können.

Das zweite sozialliberale Kabinett, mit dem Helmut Schmidt an die Arbeit gehen will, wird sich von der Stunde der Vereidigung an hart in die Arbeit stürzen müssen und keine Zeit verlieren dürfen, wenn es die Straßen mit handfesten Leistungen pflastern will, die zu dem Erfolg bei der Bundestagswahl 1976 führen. Der neue Bundeskanzler Helmut Schmidt weiß das, und er wird sich zweifellos sehr angestrengt bemühen, dieses Wissen zur Maxime nicht nur der Arbeit seines Kabinetts, sondern, mit Hand-in-Hand-Hilfe des Parteivorsitzenden Willy Brandt und des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, auch zur verbindlichen Leitachse der sozialdemokratischen Parlamentarier und der sozialdemokratischen Parteimitglieder zu machen, wo immer sie stehen und fungieren mögen.

Dies alles aber bedeutet, daß Helmut Schmidt mit der Gewißheit an die Arbeit gehen können muß, die Gesamtpartei habe ohne Ausnahme erkannt, daß es von jetzt an nichts anderes mehr geben kann und darf, als der in die tägliche Praxis umgesetzte feste Wille, die Tätigkeit der von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler geführten sozialliberalen Bundesregierung abzustützen, abzusichern und zu verteidigen, wo immer das Not tun sollte.

Es hat, um mit Willy Brandt zu reden, jetzt, auch wenn es noch andere Nackenschläge geben sollte, keinen Zweck mehr, zu jammern und wehzuklagen. Die SPD hat, im engen Zusammenwirken mit der FDP, noch eine große Chance: Die gilt es aktiv und offensiv zu nutzen, und dabei zu zeigen, daß die Sozialdemokraten den Ernst der Stunde erkannt haben und danach zu handeln wissen.
(ee/13.5.1974/ks/ee)

+ + +

Eine unselige Allianz

Politische Schlammkämpfer und Geschäftemacher
wollen von Brandts Rücktritt profitieren

Die wirklichen Motive - und seien sie beispielhaft - bewirken da wenig: Ungewöhnliches, Herausragendes auf unserer politischen Szene wird allemal vom rasch dirigierten Strom der Meinungen und Verdikte ins unterirdische Abflußsystem geschwemmt. Der Rücktritt Willy Brandts vom Amt des Bundeskanzlers, ein Ereignis von tragischer Qualität, wenn Tragik in der Politik Relevanz hätte, durfte in der Öffentlichkeit ja nicht schlicht als das gelten, was er war: eine vorbildliche Tat demokratischen Verantwortungsbewusstseins. Dafür sorgte schon die Union der Pharisäer innerhalb und außerhalb des Parlaments, daß die einfache Wahrheit in einer Kampagne der persönlichen Diffamierung unterging.

Immerhin spürten die sensibleren der CDU/CSU-Politiker nach einiger Zeit, daß sich ihre Partei nicht als Schlammkämpfer betätigen und bei diesem Geschäft trotzdem unbefleckt bleiben könne. "Nur mit Argumenten" solle der Affäre Guillaume und Brandts Rücktritt begegnet werden, eine Skandalchronik sei fehl am Platze, sagten sie scheinheilig. Der Flurschaden war indessen längst angerichtet; an die Stelle einer politischen Landschaft war Morast getreten.

Aber damit kein Ende. Beraubt sich eine Kampagne der persönlichen Verunglimpfung nach einer gewissen Dauer selbst jeder Grundlage, so kann in der verwüsteten, jeglicher Orientierungspunkte beraubten Umwelt der Kampf in den Untergrund verlegt werden. Jetzt wird nicht mehr die Zerstörung des Ansehens einer Persönlichkeit betrieben, nun wird die Person als Opfer subversiver Umtriebe ihres eigenen Lagers dargestellt.

Sollten in der ersten Phase der Kampagne SPD und Regierungskoalition durch Verleumdung Willy Brandts indirekt getroffen werden, so schießt man in der zweiten direkt auf sie. Von sehr prominenter Seite der CSU war schon vor Tagen die abenteuerliche Behauptung in die Welt gesetzt worden, Herbert Wehner habe - auch noch im Verein mit der DDR - an einem Sturz Brandts gewirkt; es war somit für Kenner eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis abstruse und obskure Darstellungen vom Kanzler-Rücktritt verkauft (im ganz direkten Sinne des Wortes) würden. Politischer Schlammkampf und "Geschäftstüchtigkeit" feiern hier unselige Triumphe. Ob die Bürger in diesem Lande sich das lange bieten lassen? Bieten lassen können?!

(pr/13.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Viele Vorschläge - aber kein Geld

Kritische Anmerkungen zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes

Von Hugo Brandt MdB

Mitglied des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform

Der Strafvollzug befindet sich in einem Dilemma. Soweit Stellungnahmen, Vorschläge, Meinungen sachkundig und seriös sind, finden sie in der Öffentlichkeit wenig Beachtung, und das, was in der Öffentlichkeit über den Strafvollzug Beachtung findet, ist zumeist nicht seriös. Die Stellungnahme des Bundeszweigs für Straffälligenhilfe kann deshalb sicher sein, keine Beachtung zu finden, soweit es die Öffentlichkeit angeht. Diejenigen jedoch, die sich mit dem Strafvollzugsgesetz zu befassen haben, nehmen die Hilfe dankbar an, die nun offiziell auf 190 Seiten dem Bundesjustizminister und dem Vorsitzenden des Sonderausschusses für die Strafrechtsreform überreicht worden ist.

Diese Vorschläge zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes werden, soviel ist sicher, bei den Beratungen im Ausschuß berücksichtigt werden. Dies liegt auch deshalb nahe, weil hier aus der Praxis heraus neue Erkenntnisse eingebracht werden, die bei der Vorberatung des Gesetzentwurfs noch nicht vorlagen. Auf all die vielen Einzelvorschläge soll jedoch hier nicht weiter eingegangen werden; der wesentliche Gesichtspunkt ist auf der letzten Seite zu finden, wo sich die Stellungnahme mit dem eigentlichen Reformteil des Gesetzentwurfes beschäftigt, den Bestimmungen über Arbeit, Arbeitsentgelt und was damit zusammenhängt. Der Satz: "Es dürfte in der Gesetzgebungspraxis einmalig sein, etwas als Gesetz zu bezeichnen, von dem nicht einmal feststeht, ob es je Gesetz wird" ist eine scharfe

aber berechnete Kritik am Regierungsentwurf. Noch so gut gemeinte Bestimmungen sind bedeutungslos, wenn sie nicht in Kraft treten. "Es ist ein Widerspruch in sich, unter der Überschrift 'Inkrafttreten' das Nichtinkrafttreten erheblicher Teile des Gesetzes vorzusehen."

Der Regierungsentwurf geht davon aus, daß diese wichtigen Bestimmungen irgendwann einmal durch ein besonderes Gesetz in Gang gebracht werden. Der Vorschlag des Bundeszusammenschlusses, die wesentlichen Reformbestimmungen nach einem fest terminierten Stufenplan in Kraft zu setzen, hält sich auf einer mittleren Linie und ist deshalb realistisch. Freilich bedarf es dafür einer handfesten Finanzplanung, und gerade dazu besteht offensichtlich wenig Neigung. Der Sonderausschuß für die Strafrechtsreform hat eine Fülle guter Ratschläge bekommen; was er aber noch dringender braucht, ist das Verständnis der Finanzminister. Wenn der Grundsatz des Gesetzes, die Lebensverhältnisse im Vollzug der Freiheitsstrafe denen draußen so weit wie möglich anzupassen, irgendeinen Sinn haben soll, dann gehört dazu, daß der Gefangene ordentlich arbeiten kann, und daß er für diese Arbeit ordentlich entlohnt wird. Dazu gehört die normale Sozialversicherung und die Möglichkeit der Ausbildung, der Weiterbildung und der Umschulung.

All das kostet zunächst einmal Geld, aber schließlich muß man sich klar darüber werden, was man will: ein Gesetz, das keine Reform ist? Die Fachleute der Straffälligenhilfe haben den Finger in die Wunde gesteckt, aber was hilft's, wenn's niemandem wehtut? (-/13.5.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller